

1e) Deutschland und das Judentum

Die Erklärungen Bundeskanzler Dr. Adenauers und der Parteien über das deutsch-jüdische Verhältnis

In einer am 27. September 1951, vormittags um 9 Uhr stattgehabten feierlichen Sitzung des Bundestags verlas Bundeskanzler Dr. Adenauer eine vom Kabinett beschlossene Erklärung über die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Juden und dem Staate Israel. Diese Erklärung des Bundeskabinetts fand die einmütige Zustimmung aller vertretenen deutschen Parteien, deren Sprecher ihren Standpunkt zur Frage des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden definierten. Die Erklärungen des Bundeskabinetts und der Parteien lauten:

„In letzter Zeit hat sich die Weltöffentlichkeit verschiedentlich mit der *Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden* befaßt. Hier und da sind Zweifel laut geworden, ob das neue Staatswesen in dieser bedeutsamen Frage von Prinzipien geleitet werde, die den furchtbaren Verbrechen einer vergangenen Epoche Rechnung tragen und das Verhältnis der Juden zum deutschen Volke auf eine neue und gesunde Grundlage stellen.

Die Einstellung der Bundesrepublik zu ihren jüdischen Staatsbürgern ist durch das Grundgesetz eindeutig festgelegt. Artikel 3 des Grundgesetzes bestimmt, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, und daß niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Ferner bestimmt Artikel 1 des Grundgesetzes:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Diese Rechtsnormen sind unmittelbar geltendes Recht und verpflichten jeden deutschen Staatsbürger — und insbesondere jeden Staatsbeamten —, jede Form rassistischer Diskriminierung von sich zu weisen. In demselben Geiste hat die Bundesregierung auch die vom Europarat entworfene Menschenrechtskonvention unterzeichnet und sich zur Verwirklichung der darin festgelegten Rechtsgedanken verpflichtet.

Diese Normen können aber nur wirksam werden, wenn die Gesinnung, aus der sie geboren wurden, zum Gemeingut des gesamten Volkes wird. Hier handelt es sich somit in erster Linie um ein *Problem der Erziehung*. Die Bundesregierung hält es für dringend erforderlich, daß die Kirchen und die Erziehungsverwaltungen der Länder in ihrem Bereich alles daransetzen, damit der Geist menschlicher und religiöser Toleranz im ganzen deutschen Volk, besonders aber unter der deutschen Jugend, nicht nur formale Anerkennung findet, sondern in der seelischen Haltung und praktischen Tat Wirklichkeit wird. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe der zur Erziehung berufenen Instanzen vor, die aber freilich der Ergänzung durch das Beispiel der Erwachsenen bedarf.

Damit diese erzieherische Arbeit nicht gestört und der innere Friede in der Bundesrepublik gewahrt werde, hat die Bundesregierung sich entschlossen, die Kreise, die noch immer *antisemitische Hetze* treiben, durch unnachlässige *Strafverfolgung* zu bekämpfen. Dem Bundestag liegen Vorschläge zu einer Ergänzung des Strafgesetzes vor, auf Grund deren unter anderem auch rassenhetzerische Propaganda mit schwerer Strafe belegt wird. Die Bundesregierung

wird diese Bestimmungen, sobald sie in Kraft getreten sind, mit aller Entschlossenheit anwenden.

Die Bundesregierung und mit ihr die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermeßlichen *Leides* bewußt, das *in der Zeit des Nationalsozialismus* über die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volk viele gegeben, die mit eigener Gefährdung aus religiösen Gründen, aus Gewissensnot, aus Scham über die Schändung des deutschen Namens ihren jüdischen Mitbürgern Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen *Wiedergutmachung* verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind. Auf diesem Gebiet sind erste Schritte getan, sehr vieles bleibt aber noch zu tun. Die Bundesregierung wird für den baldigen Abschluß der Wiedergutmachungsgesetzgebung und ihre gerechte Durchführung Sorge tragen. Ein Teil des identifizierten jüdischen Eigentums ist zurückerstattet worden, weitere Rückerstattungen werden folgen.

Hinsichtlich des Umfanges der Wiedergutmachung — in Anbetracht der ungeheuren Zerstörung jüdischer Werte durch den Nationalsozialismus ein sehr bedeutsames Problem — müssen die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsoffer und der Fürsorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen gezogen sind.

Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern. Sie ist tief davon durchdrungen, daß der Geist wahrer Menschlichkeit wieder lebendig und fruchtbar werden muß. Diesem Geist mit aller Kraft zu dienen, betrachtet die Bundesregierung als die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes.“

Im Anschluß an die Verlesung der Regierungserklärung sprachen die Vertreter der einzelnen Parteien.

PAUL LOEBE (SPD):

„Erneuerung des Rechts“

„Deutschland hat nach der Überzeugung der sozialdemokratischen Fraktion des Bundestages die sittliche Verpflichtung, sich mit ganzer Kraft um eine *Aussöhnung mit dem Staate Israel und den Juden in aller Welt* zu bemühen, und zwar kommt es dabei uns Deutschen zu, den ersten Schritt auf diesem Wege zu tun. Wir Sozialdemokraten werden deshalb den eben angekündigten Schritt der Bundesregierung von Herzen unterstützen und hätten es begrüßt, wenn er schon früher und mit noch größerer Entschiedenheit getan worden wäre.

Die verbrecherischen Machthaber der *nationalsozialistischen Gewaltherrschaft* haben die jüdischen Deutschen und die Juden in Europa unmensch-

lich verfolgt und sechs Millionen Menschen — Männer, Frauen, Kinder und Greise — nur wegen ihrer jüdischen Abstammung ermordet. Wir wollen dieses unermeßliche Leid nicht vergessen. Jeder rechtlich denkende Mensch schämt sich dieser Schandtaten, die unter Mißbrauch des deutschen Namens zum Entsetzen der überwiegenden Mehrheit auch des deutschen Volkes verübt worden sind.

Wir wissen uns insbesondere mit den Juden, die gleich uns als Deutsche geboren sind, unlösbar verbunden und können ihren Beitrag aus unserer gemeinsamen Geschichte nicht fortdenken.

Deutschland und Europa haben in allen Bereichen ihres geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens Männern wie Felix Mendelssohn, Heinrich Heine, Walter Rathenau oder den zahlreichen deutschen Nobelpreisträgern jüdischer Abstammung Außerordentliches zu verdanken. Jeder Deutsche ist deshalb aufgerufen, das den Juden in unserer Mitte zugefügte *Unrecht wiedergutzumachen*. Jeder Deutsche ist deshalb auch aufgerufen, die Pest des Rassenhasses zu bekämpfen und durch die Ehrfurcht vor dem Mitmenschen zu überwinden.

Unser rücksichtsloser Kampf gilt auch den Nutznießern der offenen und versteckten Verfemung der Juden. Die furchtbare Größe des Unrechts, auf die der Herr Bundeskanzler eben auch hinwies, fordert von uns Opfer. Mehr als bisher ist durch die Tat zu beweisen, daß diese Wiedergutmachung auch das Maß für die Erneuerung des Rechts in Deutschland ist. Aus dieser Gesinnung bemühen wir uns um den Frieden mit Israel."

Dr. von BRENTANO (CDU):

„... Mit Nachdruck unterstreichen“

„Der Herr Bundeskanzler hat in seiner *Regierungserklärung* ein Thema angeschnitten, das uns alle tief bewegt. Ich möchte mich aus diesem Grunde auch bewußt darauf beschränken, das, was in der Regierungserklärung gesagt und zum Teil von Herrn Kollegen Loebe aufgenommen worden ist, mit Nachdruck zu unterstreichen. Wir müssen uns, jeder für sich, klar werden — und jeder muß versuchen, es dem deutschen Volk klarzumachen —: Das Maß der *Achtung*, das wir unseren Mitmenschen und auch unseren *jüdischen Mitbürgern* entgegenzubringen bereit sind, wird das Maß der Achtung bestimmen, das wir für uns selbst begehren.“

Dr. SCHÄFER (FDP):

„Eine entscheidende Aufgabe“

„Mit der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ist wieder einmal eines der dunkelsten Kapitel unserer jüngsten Geschichte aufgeschlagen worden. Ich glaube nicht, daß weitere Worte geeignet sind, die Entschlossenheit und die Klarheit der Absichten zum Ausdruck zu bringen, die hinter dieser *Regierungserklärung* stehen. Ich möchte mich darauf beschränken, die Billigung auch im Namen meiner Freunde auszusprechen; ich möchte aber hinzufügen, daß es für uns alle eine der entscheidenden Aufgaben sein wird, die Vorstellungswelt auszuräumen und die Reste dieser Vorstellungswelt zu beseitigen, die aus einer ausschließlich materialistischen Betrachtung des Lebens hervorgeht und die zu dieser Raserei eines wahnwitzigen Biologismus geführt hat. Von ihm abzurücken und die Grundlagen zu schaffen und die Grundgedanken einer *praktischen Humanität* in den Vordergrund zu rücken, das scheint mir dem heutigen Anlaß angemessen zu sein.“

Dr. von MERKATZ (DP):

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk“

„Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir uns angesichts des furchtbaren Ernstes dieser Frage weitere Worte der Beteuerung einer humanitas ersparen wollen. Wir billigen nicht nur die *Erklärung der Regierung*, wir unterstützen sie von ganzem Herzen, denn es gilt, einen Frevel, der wider göttliches und menschliches Recht begangen worden ist, wiedergutzumachen. Wir wollen uns bei dieser *Wiedergutmachung* an den Satz halten: *Gerechtigkeit erhöht ein Volk*. Wir sind es der alten Geschichte Deutschlands schuldig, daß wir auf diesem Gebiete zu Taten kommen, die die Erneuerung unseres Staates, unseres Staatsbewußtseins und unserer Würde in der Welt im ganzen und im Tiefsten auch der seelischen Bereiche sicherstellen.“

Dr. REISMANN (Zentrum):

„Atmosphäre der Humanität“

„Die Zentrumsfraktion begrüßt mit voller Überzeugung und mit Dankbarkeit die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, die den ersten Schritt der Bundesrepublik zur Herstellung geordneter, friedlicher und, wie wir hoffen wollen, *freundschäftlicher Verhältnisse zu unseren jüdischen Mitbürgern* in Deutschland, in der Welt und insbesondere im Staate Israel darstellen soll. Unter den Verbrechen und *Greuel-taten* dieses Jahrhunderts, das daran leider Gottes wahrlich nicht arm ist, nehmen die an unseren jüdischen Mitbürgern in Deutschland und Europa von der Verbrecherbande, die den deutschen Namen ein Jahrzehnt geschändet hat, begangenen einen hervorragenden Platz ein. Wir fühlen alle in uns die Verpflichtung, das namenlose Unheil und Leid, das geschehen ist, nach Kräften wiedergutzumachen, aber auch den großen materiellen Schaden nach allen Kräften wieder in Ordnung zu bringen. Wichtiger als das aber erscheint uns die auch vom Herrn Bundeskanzler betonte Verpflichtung, die geistige Atmosphäre auszuräumen, in der diese Schandtaten möglich waren und ein Zusammenleben und eine Atmosphäre von Humanität zu schaffen, in der die Wiederholung unmöglich ist, ja der Gedanke an solche Dinge nur Abscheu bei allen deutschen Mitbürgern erwecken kann. Die feierlichen Erklärungen aller Parteien hier im Bundestag und die Erklärung der Bundesregierung vor der gesamten Öffentlichkeit der Welt mögen dazu beitragen, daß das erklärliche Ressentiment bei denen, die so schweres Leid durch eine voraufgegangene Regierung Deutschlands haben ertragen müssen, aus der Welt geschafft wird. In diesem Sinne danken wir der Bundesregierung für die abgegebene Erklärung.“

Dr.-Ing. DECKER (Bayernpartei):

„Volle Unterstützung“

„Meine Fraktion steht auf folgendem Standpunkt: Wer sich zum Rechtsstaat bekennt, muß sich auch zur *Erklärung des Herrn Bundeskanzlers* bekennen, sie begrüßen und unterstützen.“

Nach den Erklärungen der Fraktionen sprach Bundestagspräsident Oberkirchenrat Dr. EHLERS das Schlußwort:

„Es wird *Aufgabe des Deutschen Bundestages* sein, in Verfolg der Regierungserklärung die erforderlichen *gesetzlichen Maßnahmen* zu treffen. Ich schlage Ihnen vor, daß sich der Deutsche Bundestag, bevor diese Aufgaben von ihm in Angriff genommen und erledigt werden, zum Zeichen dessen, daß er in dem *Mitgefühl für die Opfer* einig und gewillt ist, Folge-

rungen aus dem, was geschehen ist, zu ziehen, von seinen Plätzen erhebt."

Die Abgeordneten erhoben sich nach diesen Worten des Präsidenten von ihren Plätzen. Auch die Regierung und die Tribüne schlossen sich demonstrativ der Aufforderung an. Das offizielle Deutschland hatte damit vor sich selbst und vor aller Welt

seinen Willen bekundet, geschehenes Unrecht so weit wie möglich wiedergutzumachen und Israel mit der Bitte um Verzeihung die Hand zum Frieden zu bieten.

(Deutschland und das Judentum. Die Erklärung der Bundesregierung über das deutsch-jüdische Verhältnis, herausg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Deutscher Bundesverlag. Bonn 1951.)

1f) Rabbiner Dr. Leo Baeck zur Regierungs- und Parteienerklärung

Der Text des Briefes des ehem. Oberrabbiners von Berlin, Dr. Leo Baeck, London, an Bundeskanzler Dr. Adenauer lautet:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Von der Erklärung, die Sie im Namen der Bundesregierung am 27. September abgegeben haben, und von der auf sie folgenden feierlichen Zustimmung der Parteien, sind wir, die Gesamtvertretung der aus Deutschland vertriebenen Juden, tief ergriffen worden.

Eine Grundlage für die notwendige Aussprache ist nun geschaffen worden. Von ihr aus wird der Weg zu dem Verstehen und zu einer Verständigung über die Wiedergutmachung gefunden werden können.

Wir sind uns der Pflicht bewußt, die uns, gleich anderen spruchbefugten jüdischen Stellen, hiermit auferlegt ist.

Wir sind aufrichtig bereit, in der uns so zugewiesenen Verantwortung und Vollmacht nach besten Kräften an der Lösung der großen Aufgabe, die jetzt vor uns alle hingetreten ist, mitzuwirken. Wir stehen zu Besprechungen und Verhandlungen mit den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung zur Verfügung.

Mit ausgezeichnete Hochachtung!

Council for the protection of the rights and interests of Jews from Germany.

gez. Dr. Leo Baeck, Präsident.

1g) Resolution des Zentralrates der Juden in Deutschland über die deutsche Regierungserklärung

„Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland trat am 7. und 8. Oktober in Hamburg zusammen, um sich mit den am 27. September in der Sitzung des Bundestages in Bonn abgegebenen Erklärungen der Bundesregierung und der Parteien zu befassen.

Das Direktorium nahm mit Befriedigung den Wortlaut dieser Erklärungen zur Kenntnis und gab auch seiner Genugtuung über die Haltung Ausdruck, die der Bundestag bei diesem Anlaß an den Tag legte.

Das Direktorium des Zentralrates, der alleinigen Gesamtrepräsentanz der Juden in Deutschland, erwartet, daß den Worten von Bundesregierung und Parlament nunmehr auch in allernächster Zeit Taten folgen werden. Das Direktorium begrüßt den Versuch zur Normalisierung der Beziehungen des deutschen Volkes zu der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, zum Staate Israel und in der Welt.

Das Direktorium hat bereits in seiner Neujahrsbotschaft im Geiste menschlicher Verbundenheit allen Opfern des Nationalsozialismus, den deutschen Widerstandskämpfern und den Persönlichkeiten, die ihren guten Willen durch Tat und Wort unter Beweis gestellt haben, die Hand geboten. Es bedarf keiner Versöhnung mit diesen Trägern des Fortschritts in Deutschland, die bereits im September 1949 im Bundestag mit Recht als die außenpolitischen Aktiva des deutschen Volkes bezeichnet wurden.

Es ist erfreulich, daß nunmehr auch die Bundesregierung die Abkehr des deutschen Volkes von den Verbrechen der Vergangenheit und den Wiedergutmachungswillen feierlich vor der Weltöffentlichkeit proklamiert hat. Eine derartige Reinigung der Atmosphäre ist auch höchst notwendig, da in zunehmendem Umfang bei der Kampagne für Verbrecher, die Deutschlands Namen entehrt haben, und bei anderen Gelegenheiten Stimmen laut wurden, die erhebliche Zweifel an einer ernsthaften Umkehr Deutschlands

hervorriefen. Wir hoffen, daß der Geist dieser Erklärungen zum Gemeingut des gesamten deutschen Volkes wird.

Um der Versöhnung und des Friedens willen, zur Bewahrung der Menschheit vor neuem Unheil, darf es keine Schwäche geben gegenüber denjenigen, die von neuem ihre Unbelehrbarkeit beweisen. Wir sind es der unabsehbaren Reihe unserer Opfer und uns selbst schuldig, die Forderung nach moralischer Wiedergutmachung an erste Stelle zu setzen. Unser Verlangen nach gerechter Wiedergutmachung bezieht sich auf alle Personen, die durch den Nationalsozialismus ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, ihrer Abstammung oder ihrer politischen Überzeugung wegen unmenschlich verfolgt wurden. Es handelt sich für uns nicht um materielle Vorteile oder gar Privilegien, sondern um die ungeteilte Wiederherstellung des Rechts.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland hält folgende Maßnahmen für besonders dringlich:

1. Entschlossener Kampf der Bundesregierung und des Bundestages gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen, insbesondere im gesamten Erziehungswesen und bei der Unterrichtung des Publikums durch Presse und Rundfunk im Geiste der Toleranz.

2. Die energischen strafrechtlichen Sanktionen gegen Personen, die von neuem Menschen ihres Glaubens oder ihrer Abstammung wegen beleidigen oder zum Haß gegen religiöse, nationale oder rassische Gruppen aufhetzen. In dieser Hinsicht bedürfen die von der Konferenz jüdischer Juristen in Detmold im April 1947 aufgestellten Forderungen noch der legislativischen Verwirklichung.

3. Ausschluß der Personen, die an maßgebender Stelle die verbrecherische Politik des Nationalsozia-